Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger
Schwerter Volkszeitung
Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Welthofener Zeitung
Iserlohner Zeitung
Langscheder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 228 — Freitag, 28. September 1923 — 56. Jahrgang

Einzelnummer 1 500 000 Mk.

Zum Geleit.

Vorliebe für das Fremde zieht dem Manne übel an; achte auf das Heimische.

Pindar, griech. Dichter, 522—442 v. Chr.

Neuigkeiten.

Das preußische Staatsministerium beschloß die Errichtung von Volksspeisungen im weitesten Umfange und wird demnächst einen Aufruf zur Leistung von großen Spenden an Gold und Lebensmitteln erlassen.

•

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe die Handelskammern angewiesen, Devisenhandelsbescheinigungen an Banken wie bisher grundsätzlich nicht mehr auszustellen.

•

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner aufgefordert, ihm ungesäumt die Unterlagen, auf die sich seine Behauptung von dem Bestehen einer moralischen Korruption in den leitenden Berliner Parteikreisen gründet, vorzulegen.

•

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist gestern vormittag im Sitzungssaale des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu seiner diesjährigen Herbsttagung zusammengetreten. Er wird zu allen politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen Stellung nehmen.

•

Der freigewerkschaftliche deutsche Verkehrsbund, der bisher neben seinem Hauptorgan „Courier" noch sieben Lebensorgane herausgab, hat beschlossen, zukünftig nur noch ein Einheitsorgan unter dem Titel „Deutscher Verkehrsbund", und zwar monatlich noch einmal herauszugeben.

•

In einer Berliner Vorortzeitung veröffentlicht ein Bürger von Grünheide folgende Anzeige: Achtung! Die geehrten Diebe, welche in der Nacht vom 5. bis 6. ds. Mts. bei mir eingebrochen haben, ersuche ich, mir die gestohlenen Sachen gegen eine Belohnung von 100 Millionen ℳ wieder zurückzubringen, außerdem verspreche ich, daß ich sie nicht verfolgen werde. Mehr können die Diebe billigerweise auch in unserem sozialen Zeitalter nicht verlangt.

•

Die Beamten der Post und Telegraphie in den besetzten Gebieten werden am 1. Oktober ihre Arbeit wieder aufnehmen.

•

Die „Deutsche Zeitung" meldet, daß sich die Eisenbahner der besetzten Gebiete weigerten, in den Dienst der französischen und belgischen Regie zu treten.

•

Die „Passauer Donauzeitung" meldet, daß die bayerische Regierung am 15. September die Abberufung des französischen Gesandten Dard aus München von der französischen Regierung verlangt habe.

•

Bei einer Trierer Holzversteigerung durch die A. v. Nellsche Rittergutsverwaltung wurden für junges Eichenholz 2 bis 6 Milliarden erlöst.

•

Sieben Jungen, die sich in einer Kiesgrube bei Tamsel (Ostbahn) vergnügten, wurden verschüttet, 2 erstickten.

•

In 23 französischen Departements wurde am Montag die Tagung der Generalräte eröffnet.

•

Die Geschworenengerichte sind in ganz Spanien aufgehoben worden.

•

König Alfons ist von San Sebastian wieder nach Madrid zurückgekehrt.

•

In einem Bergwerk in der Nähe von Glasgow sind heute infolge eines Wassereinbruchs etwa 60 Bergleute ums Leben gekommen. Bisher sind 20 Tote geborgen worden. Es ist dies das größte Bergwerksunglück, das sich seit 1913 in England ereignet hat.

•

Der Sohn des bekannten Newyorker Bankiers und Direktors der Carnegie-Stiftung, Frank, wurde verhaftet. Er ist beschuldigt, einen Teil der Schuldverschreibungen unrechtmäßigerweise an sich gebracht zu haben, die in der Höhe von 100 000 Dollar im November vorigen Jahres bei der Southern and Western Insurance Co. von Cincinatti verwendet worden waren.

•

Wie die estnische Presse mitteilt, wird der litauische Ministerpräsident Galvanauskas in den nächsten Tagen in Reval erwartet.

•

Wie aus Athen gemeldet wird, hat der berühmte griechische Flieger Stravropulos einen tödlichen Unfall erlitten. Auf dem Flugplatz von Gkdis stürzte sein Apparat ab. Der Flieger war sofort tot.

Stresemann über den deutschen Rückzug.

Im Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 26. Sept. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Scholz (Deutsche Vp.), der an die Stelle Dr. Stresemanns getreten ist, zusammen, um die angekündigte Rede des Reichskanzlers über den Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet entgegenzunehmen. Außer dem Reichskanzler waren vom Kabinett erschienen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, Reichswirtschaftsminister v. Raumer, Minister des Innern Sollmann, Reichsjustizminister Radbruch und Minister Fuchs und Höfle. Ferner nahmen an der Sitzung teil der bayerische Gesandte v. Preger, der sächsische Gesandte Gradnauer, der württembergische Gesandte Hildenbrand und der badische Gesandte Dr. Rieser.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung erhielt der Reichskanzler, Dr. Stresemann, das Wort. Die Reichsregierung würde zur Aufgabe des passiven Widerstandes die Verordnungen zurückziehen, die sich auf seine Durchführung bezögen. Nach den Angaben der berufensten Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruches in sich selbst auszusetzen. Der Reichskanzler legte das Verhältnis der hohen Ausgaben zu der Finanzlage des Reiches dar, das in Bälde den schwersten finanziellen, in seinen Folgen nicht zu übersehenden Zusammenbruch zu bringen drohte.

Er wandte sich dabei gegen diejenigen, die heute die schärfsten Maßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstandes forderten, während sie sich noch soeben gegen die zuletzt vom Reichstag bewilligten Steuern gewandt hätten. Die Ueberlegung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau des Ruhrkredits möglich gewesen sei, habe ein negatives Ergebnis gehabt. Durch eine solche Maßnahme würde weder der passive Widerstand aufrechterhalten noch das finanzielle Chaos abzuwenden gewesen sein. Die Versuche der Reichsregierung, die Stillegung des Widerstandes zu verkünden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Zurückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw., seien wegen der Haltung des französischen Ministerpräsidenten erfolglos geblieben. So mußte der Ruhrkampf aus allen inner- wie außenpolitischen Gründen aufgegeben werden, weil dessen Fortführung zu einem vollkommenen Zusammenbruch geführt haben würde. Die machtpolitischen Verhältnisse seien stärker gewesen als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich aufzubringen vermocht habe. Was die Vorbereitungen betreffe, um das Ruhr- und Rheingebiet in einen einigermaßen normalen Zustand überzuführen, so könnten nur eventuelle Richtlinien festgelegt werden, da dieser Wille nicht allein von Deutschland abhänge. Der Reichskanzler betonte nochmals, daß in all den Beratungen der jüngsten Tage nicht von einer einzigen Seite die Meinung geäußert worden sei, daß man mit einer Fortführung des Widerstandes bei Finanzierung von deutscher Seite irgend etwas sich versprechen könne. Der deutschnationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete, sowie die Wiederinstandsetzung ihres Wirtschaftslebens zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei den Vertretern dieser Gebiete schärfste Verurteilung erfahren.

In der nachfolgenden Aussprache billigten die Vertreter der Demokraten, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei die Ausführungen des Reichskanzlers und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Dr. Helfferich (Deutschnatl.) forderte, daß der passive Widerstand durch den Bruch mit Frankreich abgelöst werde. Nach einer Mißbilligungserklärung des kommunistischen Abgeordneten Köhnen billigte der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken ausdrücklich jedes Wort des Aufrufs der Reichsregierung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich.

Vollmachten an den Reichswehrminister.

Berlin, 26. Sept. Eine in später Abendstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung, bestimmt, daß zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet heute die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Die polizeiliche Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei der Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiet der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, wird der Täter mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsjustizminister außerordentliche Gerichte zu bilden. Die Verordnung tritt mit der Verkündigung in Kraft.

Ein Erlaß des Reichsverkehrsministers

Tu. **Berlin,** 27. Sept. Im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung hat der Reichsverkehrsminister an die Eisenbahner folgenden Erlaß gerichtet:

9 Monate habt Ihr für Recht und Gerechtigkeit gekämpft, habt Ihr an der Last unseres gerechten Abwehrkampfes getragen. Willig habt Ihr Euer Letztes eingesetzt, habt Ihr Eure Arbeit, Haus und Hof, der Gewalt weichend, verlassen müssen. Eure Treue wird Euch nicht vergessen werden. Wir brechen den Kampf ab. Die Sorge für alle, die an Leib und Leben, an Hab und Gut gelitten haben und leiden, wird weiter meine vornehmste Aufgabe sein. Die notwendigen Maßnahmen zum Abbruch des Abwehrkampfes werden besonders von mir getroffen und bekanntgegeben werden.

Diktatur in Bayern.

v. Kahr zum Generalstaatskommissar ernannt.

München, 26. Sept. Die Lage in Bayern hat sich beträchtlich zugespitzt. Hitler scheint seine Stunde für gekommen zu halten. Er erließ heute einen Aufruf an alle seine Parteigenossen, sofort in die Sturmabteilung einzutreten. Wer dieser Aufforderung nicht binnen 10 Tagen nachkommt, werde aus der Partei ausgeschlossen. Fürst Karl Wrede richtete an die ehemaligen Kavalleristen einen Appell zur Bereitstellung von Reiterkorps der Sturmabteilungen. Der Verband Oberland soll den Befehl ausgegeben haben, am Freitag früh um 4 Uhr mit Waffen auf dem Alarmplatz zu sein. In einem weiteren Befehl ist den Mitgliedern des Verbandes die Abreise von München verboten worden.

Auf der Linken haben die Sozialisten Münchens die Einberufung eines bayerischen Betriebsrätekongresses beschlossen. Ihr Organ, die „Münchner Post", mahnt die Arbeiter zur Selbstbeherrschung.

Angesichts dieser Lage hat die bayerische Staatsregierung außerordentliche Maßnahmen eingeleitet. Das Ministerium hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen besonderen Generalstaatskommissar in v. Kahr bestellt und ihm die ganze vollziehende Gewalt übertragen. Die Staatsregierung erklärt, sie sei entschlossen, auch in der gegenwärtigen schwierigen Lage Volk und Staat zu schützen. Sie richtet an die Bevölkerung die Aufforderung, sie zu schützen und zu unterstützen, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und sich von Unverantwortlichen nicht mißbrauchen und irreleiten zu lassen. Der zum Diktator ernannte v. Kahr, der bekanntlich nach dem Kapp-Putsch Ministerpräsident war, hat folgende Kundgebung erlassen:

In ernster Stunde übernehme ich, meiner vaterländischen Pflicht folgend, das Amt des Generalstaatskommissars für Bayern. Meine Amtshandlungen werden getragen sein von heißer Liebe zu meiner bayerischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterland. Ich will mich dabei stützen auf alle Kreise, die deutschen Stammes sind und unserem Vaterlande, gleich mir, ehrlich dienen wollen. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und jeden Widerstand gegen meine Anordnungen werde ich meine Machtmittel rücksichtslos einsetzen.

Die bayerische Regierung hat ähnlich wie die Reichsregierung die Paragraphen 14 und 16 der bayerischen Verfassungsurkunde vorübergehend außer Kraft gesetzt. Es sind deshalb Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahme und Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Der Diktator von Kahr wird befugt, nach dem Paragraphen 17 des Wehrgesetzes die Hilfe der Wehrmacht anzufordern. Die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars gehen den Anordnungen und Verfügungen aller anderen Behörden mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichts- und Militärbehörden vor.

Der bayerische Industriellen-Verband mahnt zur Ruhe, zur Treue zum Reich und zum Zusammenhalt aller Schichten der Bevölkerung und aller Länder des Reiches. Jede Störung der Wirtschaftsordnung und des inneren Friedens müsse jetzt vermieden werden.

Wenn man von einem beabsichtigten Staatsstreich in Bayern sprechen darf, so scheint er großdeutsch, keineswegs separatistisch, orientiert zu sein.

Hitlers Aufruf.

DU. München, 26. Sept. Adolf Hitler erläßt folgenden Aufruf an die Organisationsmitglieder:

„Nachdem ich mit dem heutigen Tage die Führung des deutschen Kampfbundes übernommen habe, fordere ich die Parteigenossen auf, auf alle militärischen Verbände, die nicht dem Kampfbund angehören, sofort einzuwirken, daß sie in die Reihen der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Reichsflagge oder Oberland eintreten. Wer dieser Aufforderung binnen 10 Tagen nicht nachkommt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Angesichts dieser Vorbereitungen wird die bayerische Regierung wissen, was sie zu tun hat.

Eine Folge der Waffenfunde in Berlin

Wie verlautet, stehen in der Angelegenheit der kommunistischen Waffenfunde in Berlin Schritte der Entente bei der Reichsregierung bevor. Die Militärkommission fühlt sich beunruhigt, daß legale Waffenläufe der russischen Regierung in Deutschland erfolgen könnten oder ausgeführt seien. Die Militärkontrollkommission will darin einen Bruch des Versailler Vertrages sehen, der Waffenverkäufe Deutschlands an das Ausland untersage.

Wie der „Vorwärts" zu dem Rechtfertigungsversuch der russischen Botschaft bemerkt, existieren in der Angelegenheit nicht nur Dokumente (Ausweise und Quittungen der russischen Botschaft), sondern es sind auch die Personen festgestellt, die mit dem „Referenten" der russischen Botschaft, Petroff, und mit Fischer über den Ankauf der jetzt beschlagnahmten Waffen verhandelt haben.

Die Todesurteile im Prozeß Graff in Freiheitsstrafe umgewandelt.

Brüssel, 26. Sept. Der König hat die Todesurteile im Prozeß Graff in Freiheitsstrafen umgewandelt.

Ein Gnadengesuch an Millerand.

Düsseldorf, 26. Sept. Der in Düsseldorf zum Tode verurteilte Student Raab hat an den Präsidenten der französischen Republik ein Gnadengesuch eingereicht.

Tote und Verletzte in Zittau.

Zittau, 26. Sept. Wie die Leipziger „Neuesten Nachrichten" melden haben die Erwerbslosen-Unruhen in Zittau leider ein blutiges Ende gefunden. Am Dienstagnachmittag gegen 6 Uhr hatten sich auf dem Marktplatze in Zittau vor dem Rathaus etwa 6—800 Demonstranten angesammelt. Das Polizeiaufgebot wurde von den Demonstranten tätlich angegriffen. Die Menge war mit Totschlägern, Steinen, Latten usw. bewaffnet. Insbesondere wurden gegen das Rathaus große Ziegelsteine, die auf einem Wagen herangeschafft worden waren, geschleudert. Außerdem wurden drei Revolverschüsse auf die Polizeiwache, die sich im Rathaus befindet, abgegeben. Kurz vorher war ein Waffengeschäft geplündert worden. Bei dem Vorgehen der Demonstranten gegen das Rathaus wurden die Polizeibeamten mit Steinwürfen überschüttet. Dabei wurden vier Beamte verletzt, einer davon sogar schwer. Infolge der bedrohlichen Lage machten die Beamten in der Notwehr, ohne Befehl dazu erhalten zu haben, von der Schußwaffe Gebrauch. Bis jetzt wurden 14 Verletzte und zwei Tote gemeldet. Gegen 9 Uhr fanden Verhandlungen statt, mit deren Resultat die Demonstranten einverstanden waren. Es handelt sich um Feststellung der Toten und Verwundeten und Freilassung der Inhaftierten, soweit sie keine strafbare Handlung begangen haben. Im Rathaus sind sämtliche Fensterscheiben des ersten und zweiten Stockwerks zertrümmert. Am späten Abend trat Ruhe in der Stadt ein.

Großangriff der Sonderbündler?

Düsseldorf, 26. Sept. Die mit der Liquidation des Ruhrkrieges verstärkt hervorgetretenen Rheinlands-Putschpläne kommen nicht unerwartet. Die am nächsten Sonntag in Düsseldorf geplanten Versuche einer Errichtung einer rheinischen Republik unterscheiden sich von ihren zahlreichen Vorgängern nur durch ihren Umfang. Die Zahl der Besucher und damit die der zu ihrer Beförderung notwendigen Regiezüge wird größer sein, als es bei den bisherigen Kundgebungen dieser Art der Fall war. Die Sonderbündler haben in Düsseldorf 32 Säle gemietet. Bedenklich ist die wahllose Verteilung französischer Armeepistolen unter die Demonstranten. Die Pläne finden nach wie vor bei der weitaus größten Mehrzahl der deutschen Bevölkerung den alten Abwehrwillen. Die Düsseldorfer Sonderbündlertagung wird allem Anschein nach nicht widerspruchslos hingenommen werden.

Völkerbund im Anklagezustand!

Der Mut der Neutralen. — Feigheit und Ohnmacht der Großen.

Genf, 22. Sept. In der gestern nach sechstägiger Pause wieder tagenden Völkerbundsversammlung empfahl zunächst Motta-Schweiz, den glücklich gelösten griechisch-italienischen Konflikt nicht mehr zu besprechen und erklärte, er vertraue darauf, daß der Rat zur gegebenen Zeit seine guten Dienste anbieten werde, um an der Lösung des Problems mitzuwirken, von dem das Heil und das Gedeihen Europas abhängig sei. Er bedauerte dann, daß die letztjährigen Abänderungsanträge zum Pakt noch nicht in Kraft getreten, und daß bisher keine Großmacht sich der Klausel, betreffend obligatorische Schiedssprüche des internationalen Gerichtshofes angeschlossen habe. London, Holland, erklärte sich von der Erledigung des griechisch-italienischen Konfliktes befriedigt und wünschte, daß das Ergebnis der vom Rat angekündigten juristischen Untersuchung den Völkerbundsmitgliedern mitgeteilt werde. Ishii-Japan teilte als Präsident des Völkerbundes mit, daß die Ueberweisung der aufgeworfenen juristischen Probleme an den internationalen Gerichtshof oder an eine andere geeignete Organisation wahrscheinlich sei.

Nansen-Norwegen bemerkte zur Saarfrage, die jüngste Untersuchung durch den Völkerbund habe die Verantwortung und das Kontrollrecht des Völkerbundes der Saarregierung gegenüber festgestellt. Er betonte ferner, die Notwendigkeit einer baldigen Lösung der Reparationsfrage und bedauerte, daß der Völkerbundsrat bisher nicht in die Lage gekommen sei, sich mit der gefährlichsten Krise, die die Welt beherrsche, zu befassen. Er sagte: Wenn in einigen Wochen keine Verständigung erzielt wird, und das gegenwärtige Chaos andauert, dessen Schwierigkeiten nicht länger ertragen werden können, so werden wir uns am Rande des Abgrundes befinden. Viele Mitglieder der Versammlung sind der Ansicht, daß nicht nur der Völkerbund verschwinden würde, sondern die gesamte europäische Kultur in einer furchtbaren Verwirrung zusammenbrechen werde.

Zahle-Dänemark führte aus: Die öffentliche Meinung in der Welt wird immer unsicherer in ihrem Urteil über den Völkerbund. Wir erwarten ungeduldig Unifalität und Annahme des obligatorischen Schiedsverfahrens. Die Völkerbundsversammlung müsse auf die Stimmen in der Welt hören und dürfe sich nicht dem Mißtrauen und dem Pessimismus, der auch in der gesamten Presse zum Ausdruck komme, verschließen. Hierauf wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Genf, 23. Sept. Die Völkerbundsversammlung schloß gestern ihre politische Aussprache über den Ratsbericht. Murray (Südafrika) erklärte, daß er Nansens gestrige Rede über die Reparationsfrage voll unterstützen müsse.

Er spreche zwar nicht im Auftrage seiner Regierung glaube aber, daß General Smuts, der sich gegenwärtig auf einer Reise nach Europa befinde, mit ihm völlig einig sei. Er drücke jedenfalls die Meinung von 300 000 Mitgliedern der englischen Völkerbundsgemeinschaft aus, ja aller Völkerbundsgesellschaften, wie sie auf dem Wiener Kongreß niedergelegt war, und er könne sich weiter auf die bedeutsame Denkschrift des internationalen Gewerkschaftsbundes berufen. **Es sei erstaunlich, daß man in vier Jahren noch keine Lösung der Reparationsfrage gefunden habe seit dem Abschluß des Friedensvertrages, obgleich über wichtige Punkte keine Meinungsverschiedenheit bestehe. Inzwischen sei die Welt immer elender geworden, und es helfe nichts, daß der Völkerbund auf anderen Gebieten humanitäre Arbeit leiste, während die ungelöste Reparationsfrage Europa zum Zusammenbruch führe.** Der Völkerbund habe das unbestreitbare Recht, den Regierungen ihre Untätigkeit vorzuwerfen. Selbst wenn gegenwärtig keine Kriegsgefahr bestehe, so habe die Haltung der Regierungen immerhin eine Lage geschaffen, die England und Frankreich zur Vermehrung ihrer Luftrüstungen veranlaßte. Außerdem aber bestehe eine **künftige Kriegsgefahr**, und nichts könne die Kriegsbefürchtungen mehr wachrufen, als wenn Heere einer Macht das Gebiet des Feindes besetzen und vor anderen Augen langsam eine große und dichtbevölkerte Nation **zerstören und zerschmettern** würden. Die Tatsache, daß die Reparationsfrage immer noch ungelöst ist, schraubt auf Generationen das Niveau des Menschenlebens herab. Wenn die **deutschen Arbeiter tagelang für wenige Pfennige arbeiten müssen**, so können die englischen und französischen Arbeiter nicht dauernd acht- bis zehnmal soviel Lohn erhalten. Das furchtbarste Elend, das man einem Lande aufzwingen könne, bestehe darin, daß man ihm alle Behaglichkeit des Lebens raube. Zweifellos hätten alle Länder unter dem deutschen Imperialismus gelitten, und der Redner versteht es, daß das Vergessen nicht leicht sei. Aber man dürfe aus Strafe keinen Märtyrertod machen. Wenn Deutschland gezwungen werde, denselben Weg einzuschlagen wie Rußland, wenn auf die deutsche Hungersnot die englische und die aller Länder folge, so würde man erkennen, daß der große Krieg noch nicht ein Vorspiel des Friedens, sondern eines **noch furchtbareren Krieges** war, und nichts würde dann mehr das Ansehen des Völkerbundes retten können.

Murray schloß mit der Aufforderung, die in dem letzten Jahre angenommene französische Resolution über die Reparationsfrage nochmals aufzugreifen und die internationalen Regierungen aufzufordern, entweder selbst eine schnelle Lösung zu finden oder das Problem durch den Völkerbund lösen zu lassen.

Die Rede Murrays wurde wiederholt von dem Beifall der Neutralen und vor allem der skandinavischen Delegierten unterbrochen. Die französischen Delegierten, die während der Rede eine gewisse Unruhe an den Tag legten, enthielten sich jeden Beifalls. (Das ist verständlich.)

Während der Reden der Vertreter Südafrikas und Schwedens konnte man kurze Besprechungen zwischen den französischen, belgischen und englischen Delegierten beobachten, von denen nachher niemand das Wort verlangte. Da auch keine anderen Redner mehr eingetragen waren, so erklärte der Präsident die Aussprache über den Ratsbericht für geschlossen. Man ging zur Beratung der Kommissionsarbeiten über.

Wo steht das Recht?

Was wird die Bevölkerung eines besetzten Gebietes tun an dem Tage, wo sie sich gegenüber findet wiederstreitenden Befehlen, von denen die einen von der rechtmäßigen Regierung, die anderen von der Besatzungsmacht stammen?

Was wird sie tun, bei einer Macht ohne Autorität und einer Autorität ohne Macht? Nicht einen Augenblick wird sie zögern und ihrer legitimen Staatsgewalt den Vorrang geben. Sie wird das Recht höher stellen als die brutalen Tatsachen, denn Tatsachen schaffen kein Recht.

Kardinal Mercier, Paris 1920.

Ablenkung.

Von Deutschland, das am Leidenskreuze hängt,
An das der Feindbund grausam es geschlagen,
Wird jetzt das Interesse abgelenkt,
Denn Krieg im Osten gab's in diesen Tagen.

Die Welt blickt aufmerksam nach Griechenland,
Wo Mussolini Korfu weggenommen
Und vorderhand behalten will als Pfand,
Bis er die volle Sühne hat bekommen.

Die Mordtat paßt dem Italiener wohl,
Sie scheint ihm fast wie ein gesund'nes Fressen,
Noch würgt er am erschnappten Südtirol,
Und jetzt kommt ihm der Appetit beim Essen.

Nur eins gefällt ihm nicht am Kriegsschauplatz:
Er sieht die andern Wölfe Miene machen
Auch teilzunehmen an der Griechenhatz,
Und scharf äugt jeder nach des andern Rachen.

Zupp.

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

47 (Nachdruck verboten.)

„Wir wollen uns ruhig unterhalten, Breitschwert, und keine dummen Geschichten machen. Wir wissen ganz genau, was wir von einander zu halten haben. Ich weiß, daß ich Sie nicht ermorden kann, ohne eine schwere Verwundung davonzutragen und wenn ich das Mittel, das ich bei mir führe, das Sie unweigerlich betäuben würde, anwenden wollte, würde ich wahrscheinlich selber mit betäubt, da ich voraussehe, daß Ihre Nerven ebenso stark sind wie die meinen und ebenso lange dem Kohlenoxyd widerstehen."

„Wo haben Sie denn das Kohlenoxyd?"

„Komprimiert in der Helmschachtel, die mein Bursche mir reichte, als ich einstieg."

„Also, was wollen Sie von mir?

„Sie haben wahrscheinlich vorausgesetzt, daß ich Ihren dummen Spürhunden entwischt wäre, um nun direkt meinen Weg ins Ausland zu nehmen."

„Ich habe mit dieser Möglichkeit gerechnet, aber ich habe auch zugleich die Tatsache in Erwägung gezogen, daß Sie in Würzburg bleiben würden, bis sich die Wogen der Recherchen nach Ihnen gelegt hätten."

„Das hätte wahrscheinlich das Richtige getroffen, aber ich kam zurück, um mit Ihnen zu sprechen. Es war ja natürlich ein auffallender Zufall, daß wir uns in Gemünden kreuzten, ich hätte Sie sonst im Teufelsgrunde aufgesucht. Es ist besser so. Sehen Sie, ich lege kein so großes Gewicht auf das, was meine weniger gebildeten Genossen die Propaganda der Tat nennen, ich glaube vielmehr, daß wir die Revolution mit der Feder in der Hand zur Reife bringen können, daß wir durch den Einfluß, den unsere Richtung immer mehr in allen Schichten des Volkes gewinnt, schließlich doch, wenn auch nicht in unserer Generation, zum Ziel kommen. Ich muß natürlich als überzeugter Anarchist und Revolutionär die Geschichte mitmachen, ich muß sogar ihre Anschläge schützen und ihnen mit gutem Rat und gutem Geld zur Seite stehen."

„Sagen Sie mir, Lamprecht, was hat es für eine Bewandtnis mit dem Bruder des jungen Mädchens, das wir gefangen haben."

„Ich liebe ihn nicht, ich verachte ihn sogar."

„Es kommt mir nicht auf Ihre Stimmung an, auf Ihre Meinung, sondern auf Tatsachen."

„Tatsachen werden Sie von mir nicht erfahren, denn Sie können doch nicht verlangen, daß ich einen Genossen verrate, wenn ich ihn auch verachte."

„Also ein edler Anarchist, ein richtiger Karl Moor."

„Um Gottes willen nicht, wie können Sie so etwas von mir denken. Das ist platter Egoismus, daß ich mein Wort den Genossen gegenüber halte, denn wenn ich es nicht halten würde, wenn ich sie verraten würde, wäre ich ein paar Stunden später ein toter Mann. Und ich muß Ihnen gestehen, daß ich das Leben liebe und keine Lust habe, einen Anarchistendolchstoß zwischen den Rippen zu fühlen. Ich stehe jenseits von Gut und Böse, lieber Breitschwert, ich tue das Gute und tue das Böse, je nachdem mein Temperament es mir vorschreibt. Aber weil wir gerade von Temperament sprechen, so muß ich Ihnen gestehen, daß es ein unnützer Ballast für einen Anarchisten ist, der ihn zu Unvorsichtigkeiten verleitet."

„Ja, ja, das glaube ich, der Besuch im Forsthause, das war auch eine Unvorsichtigkeit."

„Und unsere heutige Begegnung ist die zweite Unvorsichtigkeit, die ich begehe, aber nicht begehe, ohne das Bewußtsein einer Unvorsichtigkeit und ohne Ihre Konsequenzen zu berechnen. Ich weiß ganz genau, daß Sie mich zum zweiten Male nicht laufen lassen werden."

„Wenn wir doch einmal ehrlich gegeneinander handeln wollen, Lamprecht, so seien Sie überzeugt, daß ich vielleicht gar nicht anders können werde, als Sie laufen lassen oder ich müßte blitzschnell den Revolver heben und ihnen den Schädel zerschmettern. Aber ich stehe noch nicht jenseits von Gut und Böse, sondern noch auf dem alten, für Sie überwundenen Standpunkt von Moral und Gerechtigkeit. Was Sie getan haben, bringt Ihnen höchstens ein paar Jahre Zuchthaus ein und wollte ich Sie jetzt, ohne daß Sie einen Mordversuch auf mich machen, über den Haufen schießen, so könnte ich das vor meinem Gewissen nicht verantworten."

„Ja, ja, das alte Gewissen und die alte Liebe, das sind zwei Dinge, die selbst den modernsten Menschen zur Verzweiflung bringen können. Also kurz und gut, ich bin gekommen, die gefangene Hertha auszulösen und eventuell mich Ihnen dafür anzubieten."

„Das ließe sich hören, die Taube für den Adler, das wäre vielleicht ein Pakt, den wir schließen könnten. Ich muß mir überlegen, was es mir nützt. Ah, ich durchschaue Sie! Das junge Mädchen, so glauben Sie, kann nicht so leicht entwischen, aber Sie . . . ."

„Sprechen Sie nicht aus, ich kann Ihnen sagen, daß Sie mich vollkommen durchschaut haben, so ist es. Ich komme nicht ein paar Jahre ins Zuchthaus, denn ich werde mich befreien, alle Vorkehrungen dazu sind getroffen. Ich will nicht, daß dies zarte Mädchen den rohen Henkersknechten der Tyrannei ausgeliefert wird."

„Jetzt sprechen Sie wie ein ganzer Anarchist, wie ein zukünftiger Most."

„Und ich will sie," fuhr Lamprecht unbeirrt fort, „vor allen Dingen aus den Händen dieses frostigen Staatsanwalts befreien, den sie nicht lieben kann, denn der Mann hat ja kein Blut, keine Nerven, ich will sie für mich erringen, wenn ich mich befreit habe und im Auslande ruhig mit ihr leben."

„Jedes Land liefert Sie aus, Lamprecht, Sie sind ja kein politischer Verbrecher."

„Wir sind auf der Strecke nach Nürnberg, lieber Breitschwert."

„Ich verstehe Sie ganz gut, Sie meinen, die Nürnberger hängen keinen, wenn sie ihn nicht haben."

„Ja, es ist doch amüsant, sich mit einem scharfsinnigen Menschen zu unterhalten, schade, daß Sie nicht Anarchist sind . . . Aber wir sind noch keinen Schritt weiter gekommen, wir halten uns zu lange mit Redensarten auf. Ich habe Ihnen meine Karten gezeigt, Sie kennen meine Trümpfe und kennen auch meine Schwächen. Geben Sie mir das Mädchen frei und nehmen Sie mich dafür gefangen, ich folge Ihnen wie ein kleines Kind."

„Um mich bei der nächsten Gelegenheit, wenn Fräulein von Laßmann in Sicherheit ist, durch einen Ihrer Propagandisten der Tat aus dem Wege räumen zu lassen."

(Fortsetzung folgt.)

Zur Lage.

Vor dem belgischen Kriegsgericht hatten sich in Aachen wegen Beteiligung am passiven Widerstand, insbesondere wegen Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen fünf Herren der Aachener Regierung zu verantworten. Es erhielten Regierungsrat Dr. v. Jecser-Berensberg ein Jahr vier Monate Gefängnis, Regierungsassessor Dr. Jansen ein Jahr sieben Monate Gefängnis, Regierungsrat Dr. Baldhausen vier Monate Gefängnis sowie Landrentmeister Oberwinter und Regierungssekretär Pieterberg je zwei Monate Gefängnis.

General Degoutte hat für die neubesetzten Gebiete und das Gebiet des Brückenkopfes Düsseldorf folgende Zeitungen verboten: Die Koblenzer Zeitung bis zum 20. Dezember, die Neunkirchener Volks-Zeitung bis zum 20. Dezember, die Rote Fahne an der Ruhr endgültig.

Die Besatzungsbehörden haben für die Dauer eine Woche die Deutsche Bergarbeiterzeitung verboten.

In Ickern ist wegen angeblicher Sabotageversuche das Betreten des Zechenplatzes der Zeche „Viktor" in einem Umkreis von 1 Kilometer von den Franzosen verboten worden.

Der Stadt Recklinghausen ist ähnlich wie anderen Städten des Ruhrgebietes eine tägliche Kontribution in Höhe von 6000 Francs auferlegt worden.

Die Franzosen besetzten in Wetter an der Ruhr den Bahnhof. Der Eisenbahnbetrieb wird nur im geringen Umfange aufrechterhalten.

In Witten besetzten die Franzosen den Bahnhof und das Stellwerk. Der Zugverkehr Wetter—Barop wird deutscherseits aufrecht erhalten.

Vom Dortmunder Polizeigericht wurden am 25. September zehn Personen, darunter der Herausgeber der Zeitschrift „Kunstwart", zu Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt.

In Bochum, Gelsenkirchen und anderen Orten des besetzten Gebietes finden Massenversammlungen statt, die sich mit der Aufhebung des passiven Widerstandes befassen; die Stimmung ist für Beibehaltung des passiven Widerstandes. Die Franzosen verhalten sich gleichgültig gegenüber diesen Kundgebungen.

Bei der Stadtsparkasse in Bochum beschlagnahmten die Franzosen am 24. September nach zweimaliger Durchsuchung insgesamt 440 Milliarden Mark, in Gelsenkirchen bei den Mannesmannwerken 400 Milliarden Mark Lohngelder.

In Gerthe bei Bochum besetzten die Franzosen am 24. September sämtliche chemischen Werke. Der Leiter wurde verhaftet. Die Belegschaften traten geschlossen in einen Proteststreik.

Die über Essen-Rüttenscheid verhängte Verkehrssperre ist wieder aufgehoben worden.

In Ruhrort-Hafen beschlagnahmten die Franzosen 30 (?) Zentner holl. Kohlen, die für die Kruppwerke bestimmt waren.

Aus Wanne wurden am 25. September 16 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen.

In Velbert haben die Franzosen mehrere Fuhrwerke mit Zement beschlagnahmt.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 28. September 1923.

Erinnerungen.

1322 Schlacht bei Mühlberg.
1859 Der Geograph Karl Ritter gestorben.
1859 Der Liederdichter Philipp Spitta gestorben.
1870 Kapitulation von Straßburg.
1883 Enthüllung des Niederwalddenkmals.
1895 Der französische Chemiker L. Pasteur gest.

*

— **Besuch.** Am Mittwoch, nachts 12 Uhr, traf Monsignore Testa auf der Durchreise nach dem besetzten Gebiet hier ein und weilte für die Nacht im hiesigen kathol. Krankenhaus, woselbst er am Morgen die hl. Messe zelebrierte. Donnerstag morgen machte Herr Bürgermeister Rohrmann dem Herrn Monsignore Testa Besuch und hatten mit dem Gemeindevorsteher von Holzen, der auch anwesend war, eine längere Aussprache. Sodann reiste Monsignore Testa zunächst nach Münster und von dort in das besetzte Gebiet. — Monsignore Testa war entsetzt über das maßlose Verbrechen, das die französischen Soldaten in Schwerte begingen. — Wie wir erfahren, ist die Wache, die die Bluttat in Schwerte veranlaßte, abgelöst worden.

)(**Aus der evangel. Gemeinde.** Sonntag, den 30. September, findet das Missionsfest statt. Gottesdienst in der großen Kirche hält Herr Missionar Rudersdorf aus Nias. Nachversammlung im Gemeindehaus 4 Uhr. Kaffeekarten 250 000 M. Die Mitglieder aus der Landwirtschaft werden um gebranntes Korn und Milch herzlich gebeten. Abzugeben im Pfarrhaus, Westenstr. 5.

)(**Das Erntefest** findet gleichfalls am Sonntag, den 30. Sept. statt. Zur Schmückung des Altars werden Früchte und Blumen von denen, die sie haben, erbeten. Abgabe Sonnabend Nachmittag in der großen Kirche. Macht den Armen und Kranken der Stadt eine Freude ihr lieben Landleute! Einen fröhlichen Geber hat Gott lieb.

—* **Da der Markenbrotpreis** bedeutend erhöht wird, tun die Hausfrauen gut, sich für ihre alten Marken schleunigst mit Brot einzudecken.

— **Konzert des M.-G.-V. „Cäcilia".** Am Sonntag nachmittag 4½ Uhr veranstaltet obiger Verein ein Konzert unter Mitwirkung von Frl. Meta Strack, Alt, und Herrn Hans Kathol, Bariton, von hier. Am Flügel: Musikdirektor Fr. Hanemann d. J. Die Leistungen des Vereins sind unseren Lesern genügend bekannt. Ein volles Haus wäre dem rührigen Verein zu gönnen.

— **Herr Prof. Söffing** unternimmt am kommenden Sonntag, den 30. Sept., nochmals eine Pilz-Exkursion. Den Interessenten, sowie den Teilnehmern der letzten Exkursion wird die Pilzaufklärungsgelegenheit sehr willkommen sein und wollen sich dieselben bei der Ruhrbrücke, nachmittags 2 Uhr, einfinden.

— **Hausbesitzerverein.** Sonntag vorm. 11 Uhr findet in der Reichskrone eine Versammlung statt. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. (Siehe Inserat.)

* **Kein Butteraufkauf ohne Erlaubnis.** Vom Oberpräsidium wird uns geschrieben: In Handelskreisen herrscht vielfach die Auffassung, daß mit dem 1. Oktober die Anordnung der Regierungspräsidenten über den Ankauf von Butter, Käse usw. vom 9. Juni 1923 ihre Gültigkeit verlieren soll. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß diese Anordnung in Kraft bleibt. Hiernach ist also der Ankauf von Butter usw. ohne behördliche Erlaubnis verboten.

* **Der Pfennig regiert wieder.** Aus dem Wust der Millionen hat sich der deutsche Pfennig wieder an die Oberfläche gearbeitet. In den Geschäften der Nachbarstädten verkauft man nicht mehr nach Dutzenden von Nullenziffern, sondern nach Pfennigen. Der Käufer ist dabei ganz verblüfft, wenn er eine Ware um 15 Pennig offeriert erhält. Der Schrecken folgt aber auf dem Fuße nach, indem der Multiplikator, der gestern auf 30 Millionen stand, auf dem Plan erscheint.

)(**Ev. Reichselternbund.** In einer aus den verschiedensten Teilen Deutschlands beschickten Führertagung nahm der 2 Millionen Mitglieder umfassende Evang. Reichselternbund zur gegenwärtigen schulpolitischen Lage Stellung. Einmütig wurde die Unhaltbarkeit der Zustände auf dem Schulgebiet insbesondere mit Rücksicht auf den inneren Frieden betont und entschieden Stellung genommen gegen etwaige Absichten auf Zurückziehung des Reichsschulgesetzes. An Reichstag und Reichsregierung soll eine Erklärung gesandt werden, die u. a. besagt: „Wir bestehen darauf, daß die so lange Zeit umkämpfte Grundlage des Gesetzentwurfs nicht preisgegeben wird. Wir fordern vielmehr, daß auf dieser Grundlage in Ueberwindung aller entgegenstehender Schwierigkeiten ein baldiger und gerechter Schulfriede geschaffen wird.

— **Wegebenutzungssteuer und Landkreise.** Die Nachrichtenstelle des Verbandes der Landkreise schreibt uns: Der Staatsrat hat in diesen Tagen das Gesetz über die Wegebenutzungssteuer beraten und damit eine Vorlage erledigt, die vom Verbande der Preußischen Landkreise schon vor fast drei Jahren eingebracht wurde. Schon damals betrugen die Wegeunterhaltungslasten der Landkreise, der Hauptträger des befestigten Wegebaues, das zwölffache des Friedenspreises, den man mit rund 500 M für den Kilometer in Ansatz bringt. Jeder preußische Kreis hat im Durchschnitt ein Straßennetz von 220 Kilometern zu unterhalten. Ende 1922 verschlang 1 Kilometer rund 800 000 M, Anfang September ds. Js. rund 1¼ Milliarden. Daß ein Kreis neben seinen sonstigen gewaltigen Aufgaben und Ausgaben für Landeskultur- und Wohlfahrtspflege, für Verkehrs- und soziale Einrichtungen Summen derartiger Höhe nicht aus Zuschlägen zu den Realsteuern und Reichssteuerüberweisungen decken kann, liegt auf der Hand. Neue Wege mußten beschritten werden, die z. T. in längst überwundene Zeiten zurücklehnten. War das Wegewesen ein Regal, d. h. eine fiskalische Ausnutzung von Machtbefugnissen, dann wandelte sich der Wegebau zur Pflichtaufgabe im öffentlichen Wirtschaftsinteresse. Das Wegegeld wird hergesetzt und verschwindet. Die Praxis lehrte jedoch, daß diese Liberalität gewissen Kreisen der Bevölkerung zu Lasten der Allgemeinheit besondere Vorteile brachte und versuchte nun jene durch Beiträge heranzuziehen. Ein Vergleich mit anderen Verkehrsunternehmungen zeigt dies deutlich: Wer die Eisenbahn benutzt, findet es selbstverständlich, daß er einen Fahrpreis zahlt und mit dem Fahrpreis einen Beitrag leistet zur Unterhaltung der Eisenbahn und zwar nicht nur ihres rollenden Materials, sondern auch des Unter- und Oberbaues. Wer aber mit dem Wagen und anderem Gefährt die Straße benutzt, dem fällt zwar die Abnutzung seines Fahrzeuges zur Last, nicht aber die der Fahrbahn, soweit er nicht mit Beiträgen oder Wegebenutzungssteuern herangezogen wird. Die ökonomische Folge dieses Mißverhältnisses war eine starke Abwanderung der Eisenbahnfrachten auf die Landstraßen besonders mittels des Lastkraftverkehrs, der sich auf ihnen vollzieht. Die Abnutzung der Landstraßen, die daraus folgt, ist umso stärker, je weniger ihr Unterbau auf moderne Lastkraftwagen wie es fast nirgends der Fall — eingestellt ist.

Hier soll die Wegebenutzungsabgabe als Zwecksteuer einsetzen. Sie zieht denjenigen, der die öffentliche Straße im Rahmen des Gemeingebrauchs benutzt, zu einer Steuer heran. Von den Kraftwagen wird sie als Kraftfahrzeugsteuer des Reichs erhoben und an die Wegeunterhaltungsträger weitergeleitet. Die übrigen Fahrzeuge werden durch Kreissteuerordnungen zu Abgaben nach dem Maßstabe der gehaltenen Zugtiere herangezogen. Der Vorschlag des Landkreisverbandes hatte die an sich zweifellos rohe aber einfache und darum rentable Steuer von den Fahrzeugen nach verschiedenen Gattungen je nach deren Wegeschädlichkeit erheben wollen. Die Staatsregierung hat nach dem Vorgange des Freistaates Sachsen als Steuermaßstab die Zugtiere gewählt. Der Staatsrat hat es dabei belassen, obwohl die Erhebungsart noch roher sich gestaltet, denn die Abnutzung der Wege ist nicht die Folge des Betretens durch Zugtiere, sondern des Befahrens mit Fahrzeugen. Der Gedanke der Zwecksteuer ist geblieben, von den Verbesserungen, die der Staatsrat dem Entwurfe eingefügt hat, ist insbesondere die gleitende Bemessung des Steuersatzes (für jedes Zugtier jährlich der Wert von 5 Kg. Hafer) zu vermerken.

Möge das Gesetz nunmehr schleunigst auch den Landtag passieren. Wäre es früher gekommen und hätte die Staatsregierung nicht 3 Jahre gebraucht, so wären ungeheuere Summen der Allgemeinheit erspart, die Finanzmisere der Kommunalverbände eingeschränkt und große Verluste durch übermäßige Abnutzung der befestigten Wege — eines der größten Vermögensbesitze und Betriebsmittel der deutschen Volkswirtschaft — erspart worden. Neben der allgemeinen Wegebenutzungssteuer enthält das Gesetz noch die Verpflichtung zu Vorausleistungen zum Wegebau für außergewöhnliche Inanspruchnahme der Straßen, die gleichfalls durch Kreissteuerordnung geregelt wird.

* **Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten** stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 24. September auf das 28millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (14,2 Millionen) beträgt somit 97 Prozent.

Aus den Provinzen.

Unna. (Aufgedeckter Diebstahl.) In der Karlstraße in Unna befindet sich ein großes Lager von Fahrradteilen, das einer Dortmunder Firma gehört. Nun wa festgestellt worden, daß aus diesem Lager fortgesetzt Fahrradbestandteile (Mäntel, Schläuche, Ketten usw.) entwendet worden sind, deren Wert eine Höhe von etwa 200 Milliarden erreichte. Der Polizei gelang es auch bald, die Täter zu ermitteln und festzustellen, daß die gestohlenen Sachen von den Dieben nach Bielefeld verkauft wurden. Eine vorgenommene Haussuchung brachte denn auch noch für ca. 20 Milliarden Mark gestohlenes Gut zurage. Die Diebe befanden sich gerade wieder auf einer „Geschäftsreise" nach Bielefeld. Als sie zurückkamen, wurden sie von der Kriminalpolizei auf dem hiesigen Bahnhof in Empfang genommen und in Nummer Sicher gebracht.

Unna. (Ein Einbruchsdiebstahl) wurde in der Nacht zum Dienstag im Hause des Schneidermeisters Voigt an der Klosterstraße in Unna versucht. Die Diebe bestrichen die Scheibe des Schaufensters, das jeden Abend ausgeräumt wird, mit Marmelade und drückten die Scheibe dann unter Vorhaltung eines Tuches ein. So gelangten sie auch lautlos in den Schaukasten. Doch dann nahte das Verhängnis: Als sie versuchten, in den inneren Laden zu kommen, warfen sie einen vor der Tür des Schaukastens stehenden Schemel um. Durch das laute Gepolter erwachte der Eigentümer. Sofort stand er auf und eilte hinunter, während die Einbrecher die Flucht ergriffen, ohne irgend etwas erwischt zu haben. Die eilige Verfolgung der Einbrecher war zwecklos. Sie entkamen in der Dunkelheit.

Lüdenscheid. (Als Leiche aus der Sperre gezogen.) In der Fuelbecker Talsperre wurde die Leiche eines etwa 25jährigen Mädchens gefunden. Die Wäsche war mit G. K. gezeichnet. Die Persönlichkeit der Toten ist noch nicht ermittelt worden.

Brilon. (Tot aufgefunden.) An der Straße von Herzhausen nach Fürstenberg (Waldeck) wurde der Bauinspektor Ludwig Möller aus Frankfurt (Main) tot aufgefunden. Die Brieftasche mit einer erheblichen Summe Geldes fehlte, dagegen wurden Uhr und sonstige Wertsachen bei der Leiche gefunden. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, ist bis zur Stunde noch nicht festgestellt.

Blomberg (Lippe). (Erheblicher Schaden durch eine Windhose.) In der Ortschaft Almena ist durch eine Windhose, die von wolkenbruchartigem Regen und heftigem Sturm begleitet war, ein sehr großer Schaden angerichtet worden. Die von Westen kommende Windhose entwurzelte eine große Anzahl über mannsdicke Eichen, drückte zahlreiche Fenster ein und verwüstete die Obstbäume. Zwei Häuser wurden stark beschädigt und vier Masten der Starkstromleitung wie Streichhölzer abgedreht. Eine große Anzahl Pappeln, Eichen, Weiden und Obstbäume ist geknickt oder abgedreht. Baumäste, Gartenzäune und andere Gegenstände wurden vom Wirbelwind mitgenommen und weit fortgeschleudert.

Letzte Drahtmeldungen.

Heute Aufhebung der Widerstandsverordnung.

TU. Berlin, 27. Sept. Im Anschluß an die gestrige Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung über den Abbau des passiven Widerstandes wird noch im Laufe des heutigen Tages die förmliche Aufhebung sämtlicher Verordnungen erfolgen, die zur Durchführung des passiven Widerstandes von den verschiedenen Zentralstellen des Reiches erlassen worden sind. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete ist von der Reichsregierung beauftragt worden, die Führung bei den weiteren Maßnahmen, insbesondere auch bei allen Verhandlungen zu übernehmen.

24 stündiger Generalstreik im Ruhrgebiet.

TU. Aus dem Ruhrgebiet, 27. Sept. Heute morgen vor Beginn der Arbeit wurde den zur Arbeit gehenden Bergleuten, Fabrikleitern und Beamten ein kommunistisches Flugblatt übergeben, in dem die Arbeiter zu einer machtvollen Demonstration und zum 24stündigen Generalstreik am Donnerstag, den 27. Sept. gegen die Regierung Stresemann-Hilferding, gegen den französischen Militarismus und gegen den Separatismus sowie für eine Arbeiter- und Bauernregierung und für ein freies, ungeteiltes Arbeiterdeutschland aufgefordert werden. Etwa ein Drittel der gesamten Belegschaften der Bergwerke und Hüttenbetriebe des Bezirkes Gelsenkirchen und Umgebung hat dem Aufruf Folge geleistet. Eingefahrene Bergleute wurden mit Gewalt aus den Gruben geholt. Gegen 10 Uhr fand eine öffentliche Kundgebung statt. An dem sich daran anschließenden Umzuge nahmen schätzungsweise 20 000 Arbeiter teil. Es bestehen keine Zweifel, daß heute nachmittag der Streik ein allgemeiner ist. Bis mittags 12 Uhr war es noch ruhig. Die seit der Nacht in Alarmbereitschaft stehenden Franzosen haben nicht eingegriffen. Die deutsche Polizei brauchte ebenfalls bisher nicht in Tätigkeit zu treten.

Bayern soll die Sonderverordnung zurückziehen.

TU. Berlin, 27. Sept. Die Reichsregierung wird, wie der „Vorwärts" mitteilt, an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen richten, die bayerische Sonderverordnung zurückzuziehen.

Die Erregung in Sachsen.

TU. Dresden, 27. Sept. In Annaberg ist es in der Nacht zum Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen rechtsgerichteten Persönlichkeiten und der Arbeiterschaft gekommen, wobei ein Toter, 5 Schwer- und 20 Leichtverletzte zu beklagen sind. Die Plünderungen durch Banden haben nach einer Mitteilung des Landbundes Leipzig trotz aller Sicherheitsmaßnahmen und behördlichen Ermahnungen einen riesigen Umfang angenommen, namentlich auf den Kartoffelfeldern. Am hellen Tage versagen mit Knüppeln bewaffnete Banden die mit dem Ausroden der Kartoffeln beschäftigten Arbeiter und stehlen Hunderte von Zentnern.

Die ersten von den Franzosen freigelassenen Inhaftierten.

TU. Karlsruhe, 27. Sept. Wie der Mitarbeiter der „Karlsruher Zeitung" aus Kehl von zuständiger Stelle erfährt, haben die Franzosen im Ruhrgebiet eine Reihe von Deutschen, die in französischen Gefängnissen inhaftiert waren, sofort nach dem Bekanntwerden von der Aufhebung des passiven Widerstandes entlassen und nach Kehl abgeschoben.

Baldwin über seine Einigung mit Poincaree.

TU. London, 27. Sept. Im gestrigen Kabinettsrat berichtete Ministerpräsident Baldwin über die englisch-französische Verständigung in der Behandlung des Korfu-Konfliktes und sprach dann über die Schwierigkeiten der allgemeinen Lage, die ein möglichst vollständiges englisch-französisches Zusammenwirken notwendig machte. Das Kabinett willigte die politischen Erklärungen Baldwins.

Handel und Börse.

Telegraphische Auszahlung am 27. September 1923.

Amsterdam-Rotterdam	56 140 000
Buenos Aires	47 719 000
Brüssel u. Antwerpen	7 518 500
Christiania	22 857 000
Kopenhagen	25 664 000
Stockholm	38 095 000
Helsingfors	3 824 575
Italien	6 516 250
London	648 851 625
Ein Dollar	142 756 000
Paris	8 721 750
Schweiz	26 463 500
Spanien	19 849 500
Wien (abgestempelt)	200 500
Prag	4 290 700
Budapest	7 619

Wirtschaftsbarometer vom 27. Septembr.

Amtl. Berl. Dollarmittelkurs am 26. September 126 000 000.

1 Goldmark (nach Dollarmittelkurs) = 30 Millionen Papiermark.

1 Goldmark (nach Berl. Briefkurs) = 30 072 619 Papiermark.

Ankaufspreis für Silbermünzen 100 000 000fache Nennwert.

Goldzollaufgeld bis zum 28. Sept. 3 479 999 900 Prozent.

Umrechnungskurs f. d. Landabgabe pro Goldmark 34 800 000.

Reichsbankdiskont 90 Prozent.

Reichsbanklombardzinsfuß 10 Prozent.

Reichsindexziffer am 24. Sept. 28 000 000.

Großhandelsindexziffer am 18. Sept. 36 000 000

Schlüsselzahl für den Personenverkehr 20 Mill.

Schlüsselzahl für den Güterverkehr (unter Verdoppelung der bis zum 17. September geltenden Grundpreise) 36 000 000.

München-Gladbach und Paris.

Die französische Rheinlandpolitik, d. h. die planmäßige skrupellose Förderung, Schürung und militärische Verteidigung der künstlichen, sogenannten Separatistenbewegung wird immer intensiver. Die letzte unerhörte freche Vergewaltigung des deutschen Selbstbestimmungsrechtes und der deutschen Volkssouveränität im eigenen Hause ist in München-Gladbach erfolgt.

Organisiert mit französischem Gelde, in jeder Weise durch die französischen und belgischen Besatzungsbehörden, besonders die französischen Regiebahnen begünstigt, war eine große Heerschau der Dorten-Leute und ähnlicher landesverräterischer Kliquen unternommen worden. Und man darf wohl fragen, in welchem Lande der Welt eine noch so friedliche Bevölkerung sich derartige offene Verhöhnungen ihrer elementarsten Grundrechte und ihrer tiefsten nationalen Gefühle gefallen lassen würde. Selbstverständlich haben Dorten wie seine französisch-belgischen Drahtzieher auch genau gewußt, daß bei dieser Gelegenheit nationale Gegenkundgebungen erfolgen würden. Worin sie sich wahrscheinlich geirrt haben, ist nun aber der Umfang und der Nachdruck, mit denen die gerechte Empörung der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck kam, sodaß verschiedene prominente Separatistenführer eine sehr verdiente Lektion erhielten, der sich Ehrendorten leider durch der Tapferkeit besseren Teil, nämlich schleunige Flucht entziehen konnte. Nach dieser gewaltigen Blamage war natürlich aber die Wut in Paris groß und da man keine Möglichkeit hat, sich auf anständige Weise zu rehabilitieren, wird das bequeme recht französische Mittel brutaler Gewaltmaßnahmen ergriffen. Oberbürgermeister und andere leitende Beamte von München-Gladbach werden mit Bajonetten verjagt, weil die deutsche Bevölkerung der Stadt den Separatistenschwindlern einen Schlag ins Gesicht versetzt hat.

Selbstverständlich aber wird jetzt auch die Pariser Presse sofort mobil gemacht, um den schlimmen Eindruck der München-Gladbacher Vorgänge in Frankreich selbst wie beim Auslande — durch plumpe Entstellungen möglichst zu verwischen. Da müssen große Ueberschriften herhalten: „Preußen — immer Preußen — will die Separatistenbewegung zerbrechen." In den Berichten über Düsseldorf wird betont, daß die Aufrührer die gefährlichen Lieder „Deutschland, Deutschland über alles" und die „Wacht am Rhein" gesungen haben, und natürlich erscheint auch in voller Ausführlichkeit das von der französischen Regierung bestellte separatistische Schutzgesuch an die Besatzungsbehörden „gegen den preußischen Revanchegeist".

Alles dies wird besonders in den Zeitungen hervorgehoben, die auch im Auslande gelesen werden und so begreift man denn, daß hier auch dankbar die Ansicht der Berliner „Welt am Montag" wiedergegeben wird, die sich mit der des „Matin" rührend deckt. Wie könnten die Neutralen besser von der Bedeutung und Berechtigung der rheinischen Unabhängigkeitsbewegung überzeugt werden.

Wir aber können nur wünschen, der Herr beschütze die Rheinländer vor dieser Art „Freunde". Gegen ihre Feinde werden sie sich schon allein schützen.

Einbrecherstolz und Prahlerei.

Angesichts des sinkenden französischen Frankenkurses und der in einem sehr peinlichen Umfange auch in Frankreich steigenden Lebensmittelpreise — Tatsachen, die gerade dem französischen Rentnerpublikum bös auf die Nerven gehen — ist die Pariser Presse ersichtlich wieder bemüht, die finanzielle und wirtschaftliche Ausbeute der „Ruhraktion" in möglichst günstigem Lichte hinzustellen. Die ungeheuerlichen frechen Milliardendiebstähle, die täglich in den französischen Zeitungen mit großen Ueberschriften angekündigt werden, sollen besonders auch diesem Zwecke dienen. Und dasselbe gilt von den ausführlichen, ruhmredigen, die Wirklichkeit stets wunschgemäß „korrigierenden" Berichten über die Erfolge der französischen „Ingenieurkommission" auf dem Schauplatz der französischen Räubertätigkeit.

Hocherfreut meldet so z. B. der „Matin" (28. August) die Aufnahme der Schmelzkoks-Herstellung durch die französischen Techniker in Gelsenkirchen. Dieser Bericht ist vielfach — auch psychologisch — interessant, daß einige Stellen daraus wiedergegeben seien. „Die Besetzung der betreffenden Werke ist ganz neu. Wir wußten, daß die Produktion normal weiterging, denn der militärische Luftdienst (!) hatte uns die photographischen Aufnahmen geliefert. Die Ausrüstung und die Zusammensetzung unseres Expeditionskorps wurde darauf in Frankreich vorbereitet und in Essen vollendet. Das Direktionspersonal stammt aus Nordfrankreich, aus einer Gegend, die genügend im Kriege gelitten hat, um noch nichts vergessen zu haben." Dieser letzte Satz erklärt so manche widerliche sadistischen Ausschweifungen der französischen Ruhrarmee. Wird doch systematisch alles getan, um die Haß- und Racheinstinkte weiter zu schüren.

Der Bericht schildert dann bis ins Einzelne, wie die deutschen Anlagen an einem frühen Morgen mit Infanterie besetzt, d. h. wie sie mitten im Kriege überfallen und „erobert" wurden. Selbstverständlich wird der Gewinn an Koks, Teer usw. in Superlativen angegeben, denn das ist eben der eine Zweck der Uebung, die beginnenden Zweifel im französischen Publikum über die Rentabilität des Ruhrunternehmens durch zuversichtliche Angaben und Ziffern zu zerstreuen. Interessant ist es denn auch, wenn der Bericht fortfährt: „In den ersten Tagen nach unserer Ankunft kletterten die Deutschen auf die benachbarten kleineren Höhen, um zu sehen, ob wir mit der Arbeit zustände kämen. Sie wurden festgenommen und daraufhin ließen sich einige von ihnen anwerben, sodaß die Belegschaften jetzt Deutsche, Franzosen, Italiener und Polen umfassen. Wieviel Deutsche darunter sind, wird wohlweislich nicht gesagt, dafür aber dem Leser versprochen, daß diese ganze „prohate" Methode jetzt kräftig weiter angewandt werden solle.

Franzosen und Kommunisten.

Wie im Reiche, so entfalten besonders im Ruhrgebiet die Kommunisten eine lebhafte Propaganda. Sie richtet sich gegen den Kapitalismus überhaupt wie gegen den französischen Imperialismus insbesondere. Die Kommunisten haben zu den Poilus vielfach Beziehungen angeknüpft. Während zu Anfang der Besatzung die französischen Soldaten sich voller Wut auf deutsche Maueranschläge, auch wenn diese in französischer Sprache sich an die französischen Soldaten richteten, stürzten, lesen sie jetzt mit großem Interesse und offensichtlichem Schmunzeln die Aufrufe der Kommunisten an die französischen Soldaten, sich nicht länger vom Imperialismus und Militarismus mißbrauchen zu lassen. Das französische Besatzungsheer, wenn auch oft ausgewechselt mit Truppen aus Frankreich — ist längst vom Kommunismus angefressen; mit diesen Soldaten würde wohl kein Offizier in die offene Schlacht zu ziehen wagen, in den Kampf gegen deutsche Arbeiter. Das weiß Poincaré! Der Widerstand der deutschen Arbeiter, den nichts brechen kann, und die bolschewistische Infizierung des französischen Heeres sind zwei Momente, die Poincaré mehr berücksichtigen wird, als alle papiernen Noten der Mächte. Es ist doch recht bezeichnend, was das kommunistische „Ruhr-Echo" in Essen berichtet: Französische Soldaten geben den deutschen Kommunisten 10 Millionen Mark als Ertrag einer Sammlung für die K. P. D.

Roheiten gegen Frauen und Kinder.

Man liest allmählich oft gedankenlos über die Nachrichten hinweg, die besagen, daß so und so viele Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen worden sind. Was diese Armen aber zu leiden haben und wie unerhört roh und rücksichtslos die „galante" Nation bei der Ausweisung von Frauen und Kindern verfährt, zeigt folgende Schilderung, welche Augenzeugen über die am 2. September erfolgte Ausweisung von Angehörigen von Eisenbahnbediensteten aus Wedau gaben. Mit dem in aller Eile zusammengepackten Allernotwendigsten an Kleidungsstücken und Leibwäsche sehen wir die von Haus und Hof vertriebenen bedauernswerten Opfer französischer Willkür in der Morgenfrühe auf dem Hofe der Konsumanstalt in Wedau, dem Sammelplatz der Ausgewiesenen, damit beschäftigt, den letzten kümmerlichen Rest ihrer Habe auf Lastwagen zu schaffen, welche die Frauen und Kinder an die Grenze bringen sollen. Hilfsbereite Hände der kleinen Schar zurückgebliebener Kollegen, des schon vorher ausgewiesenen Gatten und Vaters, die vielleicht schon am nächsten Tage das gleiche Los trifft, fassen zu, um den kleinen Rest von Hab und Gut unterzubringen. Plötzlich geht eine Bewegung durch die Schar der weinenden Frauen und Kinder. Kurz darauf rauhe Kommandostimmen, dann lautes Jammern und Klagen. Was sich weiter unserem Auge bietet, sträubt sich die Feder zu schreiben. Französische Alpenjäger unter Aufsicht eines Offiziers stürzen sich wie eine wilde Meute auf die schon zum Teil verladenen kleinen und größeren Gepäckstücke. Körbe, Kisten und Kästen werden von den Lastkraftwagen heruntergeworfen, von der unten harrenden brutalen Soldateska gewaltsam geöffnet und ihres Inhalts beraubt. Bettwäsche, Leibwäsche und sogar Kinderwäsche, das Allernotwendigste, was außerhalb der engeren Heimat zur Lebenshaltung erforderlich ist, wurde, soweit es nicht fortgeschleppt wurde, zerstampft und zerrissen. Laut jammernd beugt sich eine junge Mutter über den Wagen ihres Kleinen, dem französische Raublust sogar sein kleines Lager nicht geschont hat. Die geängstigte Mutter sucht den lautschreienden Kleinen durch liebevollen Zuspruch zu beruhigen. Doch noch weiter geht die Gier dieser Horde. Händeringend wirft sich eine jüngere Frau vor die Füße des Offiziers und beschwört ihn, Mitleid und Erbarmen mit ihr zu haben. Die rohe Hand eines Alpenjägers hat ihrem Koffer die in vorsorglicher Mutterliebe selbstgefertigte Erstlingswäsche entrissen. Die Sorge, wie die werdende Mutter ihr Kleines betten soll, läßt sie das Mitleid des Offiziers anrufen — ein roher Faustschlag erinnert das arme Weib daran, daß auch sie von diesem Träger französischer Kultur kein Mitleid zu erwarten hat. Dann ein kurzer Befehl zum Einsteigen seitens des Offiziers, ein letzter Händedruck der Zurückgebliebenen, Abschiedstränen, Tücherschwenken und fort geht es, einem ungewissen Ziel entgegen.

Anzeigenpreise ab 22. Sept.:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl

(ab 22. September 30 000)

zu vervielfältigen.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Herrn Verbandspräsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk in Essen vom 20. September 1923 Tgb. W VI a/41/31 und vom 25. September 1923 Tgb. W Nr. VIa/41/23 sind für den Monat Oktober dieses Jahres unter Zugrundelegung eines Maurer-Spitzenlohnes von 8 Millionen Mark für die Stunde als Mindestsätze an Mietzuschlägen für den Ruhrkohlenbezirk festgesetzt:

100 % für Zinsensteigerungen

8 000 000 % für Verwaltungskosten

28 000 000 % für laufende Instandsetzungen

Diese Sätze gelten vom 1. Oktober ab für den Stadtbezirk Schwerte als gesetzliche Mietszuschläge.

Der Mieter hat dabei das Tapezieren und Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster, das Anstreichen der Türen, die Instandhaltung der Badeeinrichtungen, der Wasserhähne, (Neuauflegung von Scheiben), der Kochherde, der Oefen innerhalb der Wohnung oder sonstiger Mieträume, sowie das Instandhalten der Jalousien selbst auf eigene Kosten vorzunehmen oder die entstandenen Kosten dafür gegen Vorzeigung der Belege zu tragen.

Große Instandsetzungsarbeiten im Sinne des Reichsmietengesetzes sind nur die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich des Hauses im Aeußeren, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung.

Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten werden nicht umgelegt.

Von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes sind aus genommen: Räume in Gebäuden, die abgesehen von den Wohnungen des für die Verwaltung, Bewachung und Beheizung des Gebäudes notwendigen hierfür angestellten Personals, ausschl. gewerblichen, geschäftlichen oder industriellen Zwecken dienen. Ob die Voraussetzungen vorliegen, entscheidet auf Anrufen eines Vertragsteiles das Mieteinigungsamt.

Entgegenstehende Bestimmungen der für den Stadtbezirk Schwerte z. Zt. geltenden Ausführungsverordnungen zum Reichsmietengesetz treten außer Kraft.

Für gewerbliche Räume, die dem Reichmietengesetz unterliegen, ist das Mieteinigungsamt berechtigt, im Einzelfalle die Zuschläge zu erhöhen bis auf:

15 000 000 % für Verwaltungskosten

50 000 000 % „ laufende Instandsetzungen

Schwerte, den 27. September 1923.

Der Magistrat:

Rohrmann Melchheier.

Lichtspiele „Zur Reichskrone"

Freitag bis Montag!

Auch diesesmal ist es uns gelungen, einen außergewöhnlichen Spielplan aufzustellen:

1.

Das einzig dastehende Filmwerk

Es lebe das Leben!

oder

Der Sinn des Todes!

Drama in sechs ergreifenden Akten.

2.

New Yorker Expreß-Kabel

Sensationelles Abenteuer zweier Zeitungsreporter in sechs Akten.

○□○

Nur eine Nacht verlobt!

Lustspiel in 2 Akten. 3052

M.-G.-V. „Cäcilia", Schwerte

Gegründet 1869.

Chorleiter: Musikdirektor Franz Hanemann d. J.

Sonntag, den 30. September 1923, nachm. 4½ Uhr im „Freischütz":

Konzert

Mitwirkung von Frl. Meta Strack (Alt) und Herrn Hans Kathol (Bariton), Schwerte. Leitung am Flügel: Musikdirektor Franz Hanemann d. J.

Karten an der Kasse Mk. 5000000 ausschl. Steuer. 3947

Herren- und Burschen-Anzüge,

schwarze Paletots, Lodenmäntel, Schlüpfer, Sport-Anzüge, feldgraue-, Streif-, Tuch- u. Breeches-Hosen

3049

kaufen Sie auch heute noch

auf Teilzahlung

bei bequemer An- und Abzahlung bei

Wollberg, Hagen,

Altenhagenerstraße 59.

Haus- und Grundbesitzer-Verein Schwerte.

Sonntag vorm 11 Uhr im Kinosaal der „Reichskrone":

Generalversammlung

mit außerordentlich wichtiger Tagesordnung.

Der Vorstand.

Warnung!

Die Personen, welche seit einiger Zeit wiederholt Gartendiebstähle verübt hat, wird hiermit vor weiterem Stehlen gewarnt. 3051

H. Görner, Ostenheide 18.

Polstermöbel u. Korbmöbel

Filiale-Walther

Holzen, Rosenweg 40

Lehrmädchen

oder jüngere

Verkäuferin

zum 1. Oktober gesucht.

Frau Fieseler

Hüstingstraße 10. 3054

Beamter sucht ab sofort

möbliertes oder leeres

Zimmer

mit oder ohne Pension

Schriftl. Angebote unter Nr. 3050 an d. Geschst.

Frau

zu Gartenarbeit gesucht (pflanzen, jäten, hacken) Zu erfr. in der Geschst.

Schlafstelle mit Morgenkaffee (auch außerhalb Schwerte) gesucht.

Offerten unter N. 45 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Lichtspiele zum alten Rathaus

Freitag, Samstag, Sonntag!

Nur 3 Tage!

Der vierte Teil des großen Raubtier-Sensationsfilm

Die Rätsel Afrikas!

4. Teil

Durch die Höllen des Urwaldes

Sensations- und Abenteuerfilm in 6 Akten.

○○□○○

Die Apachen von Paris

Detektiv- und Abenteuerfilm in fünf gewaltigen Akten. 3053

◇□◇

Lustspiel-Einlage.